

# Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins  
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

## Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich. \*\* Annahmeschluss für dringende Berichte: Montag früh \*\*

## Schriftleitung und Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1  
Fernruf: Moritzplatz 3725

## Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtnerei-Fachblatt“ durch die Post 3.-Mk. unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtnerei-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.-Mk., unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtnerei-Fachblatt“

## Nachlese zur Altonaer Gartenbauwoche.

Wie schon in der Einleitung unseres Berichts (von dem hier anschließend der Schluß folgt) bemerkt, kann die Altonaer Gartenbauwoche, gleich ihren Vorgängerinnen, als wohl gelungen bezeichnet werden. Die einzelnen Versammlungen hatten sich eines guten Zuspruchs zu erfreuen. Um Zahlen zu nennen, sei erwähnt, daß beispielsweise die Versammlung des Bundes der Baumschulenbesitzer von 300, die des Handelsgärtnerverbandes von 450, der Allgemeine Gärtnerstag von 550 Personen besucht waren; selbst der Privatgärtnerverband hatte 180 auf die Beine gebracht. Alle Veranstaltungen wurden durch einen Vertreter der Stadt Altona begrüßt und außerdem im Namen der Gartenbau-Ausstellungsleitung durch den Stadtgardendirektor Tutenberg, dem kurz vorher der Titel eines Königl. Gartenbaudirektors verliehen worden war. Vertreter von Provinzial-, Landes- und Reichsbehörden und von anderen Körperschaften wohnten den Tagungen der Gemüsezüchter, der Handelsgärtner und des Allgemeinen Gärtnerstages bei und versicherten die Gewogenheit und das Wohlwollen ihrer Auftraggeber. In letzterer Beziehung wirkten auf die Zuhörer am meisten die Ausführungen des Vertreters vom preussischen Landwirtschaftsministerium, Geheimrat Dr. Oldenburg, der besonders die neuen Gärtnerausschüsse bei den Landwirtschaftskammern als eine bedeutsame neue Einrichtung pries. In verschiedenen Landesteilen seien dadurch bereits die Grundlagen für eine zweckdienliche Regelung des Lehrlings- und Fachbildungswesens gelegt worden. Zu erwähnen ist auch die Ansprache eines Vertreters des Schutzverbandes für den deutschen Grundbesitz, der für die Rechte des selbständigen grundbesitzenden Unternehmertums sprach, zu dem er die Gartenbauinteressenten in Bausch und Boden rechnete; mit aller Kraft solle man sich gegen die „sozialistisch angehauchten Bestrebungen der Bodenreformer“ wenden und diese abweisen. Der Mann fand für seine Worte vielen Beifall. Wir dachten dabei an den parlamentarischen Vertrauensmann des Handelsgärtnerverbandes, Franz Behrens, der auch im Reichsverbande f. d. d. Gartenbau ein wichtiges Vertrauensamt bekleidet, und wir fragten uns, wie dieser Franz Behrens sich nur mit solchen Reaktionären abfinden könne. Man muß nämlich in Betracht ziehen, daß Behrens im Bunde der deutschen Bodenreformer an hervorragender Stelle ein Ehrenamt bekleidet. Wiederum ist der Gegensatz nicht auffälliger als der andere, daß Behrens Vorsitzender eines Landarbeiterverbandes und zugleich Mitglied des Bundes der Landwirte ist. Der Mann versteht es eben, sich in alles zu schicken, es allen recht zu machen.

Der Gärtnerstag wurde mit einem Kaiserhoch und einem Huldigungstelegramm an den Monarchen eröffnet. Die anderen Tagungen haben auf eine derartige Kundgebung verzichtet, und niemand wird das Empfinden gehabt haben, daß durch diesen Verzicht etwas verahsäumt wurde. Nur in einer der Sonderversammlungen hielt man es geboten, ein Kaiserhoch auszubringen, um damit seine echt nationale Gesinnung hervorzukehren; im Verbande Deutscher Privatgärtner. Hoffentlich bleibt das für die Folge in

Regierungskreisen nicht unbeachtet, so daß die Behörden sich künftighin lieber auf den Privatgärtnerverbands-Tagungen vertreten lassen, als auf Tagungen von Unternehmern, die unhöflich genug sind, byzantinische Kundgebung zu unterlassen, trotzdem Regierungsvertreter zugegen waren. Oder haben die Blaugelben Angst, sie könnten andernfalls in den Geruch kommen, daß in ihren Reihen sich auch solche befinden, die im innersten Herzenskammerlein eine andere Gesinnung hegen? Die Bestrebungen des V. D. P. offenbaren sich in Altona wieder recht deutlich als solche, die abseits aller gewerkschaftsverwandtlichen Aufgaben und Ziele stehen. Für die noch Vollarbeitsfähigen hat man nichts übrig, die mögen nur weiter unter ihrem Joch seufzen. Nur für einige wenige der durch Invalidität oder Alter Erwerbsunfähigen will man — ein Altersheim — anstreben, das aber noch in nebelgrauer Ferne liegt, wie Herr Jung, der Vorsitzende, selbst einmal zugegeben hat. Und für das beim Ableben zu erwartende Sterbegeld lassen all die angeblich nationalen Privatgärtner sich als Mitglieder einfangen. Das heißt, nicht allein durch diesen Köder; der andere zieht wohl in gleicher Weise: die hochmögenden und betitelten Ehrenmitglieder besitzen allesamt Beziehungen und Verbindungen, durch die jeder glaubt, hoffen zu dürfen, auch einmal zu einer „guten“ Stelle zu kommen. Hoffnung läßt nicht zuschanden werden, läßt auch Entbehrungen leichter ertragen. Und für ein Sterbegeld von 150 bis 300 Mk. kann man ein ganzes Leben lang in Geduld und Ergebung hungern und seine Familie darben lassen; das Sterbegeld ersetzt alles, und der Tod macht alles gleich.

Übrigens, das hätten wir fast vergessen mit anzuführen; auch Herr Tutenberg ist nun zum Ehrenmitglied des V. D. P. ernannt worden. Es ist das Schicksal von Männern in solchen und ähnlichen Stellungen, daß sie sich derartigen „Beehrungen“ nicht zu entziehen vermögen; ob ihnen das angenehm oder unangenehm, danach fragen die nicht, die damit für sich Vorteile heraus schlagen wollen. Da Herr Tutenberg kurz zuvor den Titel eines Königl. Gartenbaudirektors erhalten hatte, war er für die Ehrenmitgliedschaft des V. D. P. eben reif geworden. —

Der Allgemeine Gärtnerstag hatte die größte Teilnehmerzahl (550), was aber ganz natürlich ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß an dieser Veranstaltung alle dem Reichsverbande angeschlossenen Verbände und Vereine beteiligt sind. Vergegenwärtigt man sich dem gegenüber die Teilnehmerzahlen zum Beispiel des Bundes der Baumschulenbesitzer (300) und des Handelsgärtnerverbandes (450), und bedenkt man, daß zusammen vielleicht 1200 bis 2000 Berufsangehörige auf der Gartenbauwoche anwesend gewesen sein werden, dann erscheint die Gärtnerstag-Kundgebung schon weniger imponierend. Verhältnismäßig hatten jedenfalls die Baumschulenbesitzer ihre Mitglieder in größter Zahl auf die Beine gebracht. Und auch die Kundgebung des Handelsgärtnerverbandes überwiegt noch diejenige des Gärtnerstages in Verhältnismäßigkeit. Das Interesse der Teilnehmer an den Tagungen war allgemein recht

lebhaft, am lebhaftesten bei den Handelsgärtnern, deren Gedanken sich um die bekanntesten Schutzzollforderungen gruppieren. Zollschutz und abermals Zollschutz lautet da das erste und letzte Wort, wie bei den Baumschulbesitzern die Preisvereinbarungen an erster und letzter Stelle stehen. Dort der Schrei nach Staatshilfe, — hier vor allem die moderne Selbsthilfe, die darauf bedacht ist, all das niederzuringen, was sich dem Bestreben in den Weg stellt; die selbst vor dem schärfsten Mittel nicht zurückschreckt: „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.“

Ob die künftigen Gartenbauwochen Aussicht haben, auf ähnliche Beteiligungen zu rechnen, wie die ersten drei zu verzeichnen hatten? Das wird von mancherlei Umständen abhängen. In Betracht zu ziehen ist, daß Breslau 1913 mit einer großen Jubiläums-Gartenbauausstellung aufwarten konnte und daß ein gleiches auch für Altona 1914 zutrifft; außerdem die Lage Altonas als Schwesterstadt Hamburgs. Da haben zahlreiche Berufsangehörige, die sonst jedenfalls zuhause geblieben wären, die Reise unternommen. Ein Bedürfnis für solche Tagungen liegt jedenfalls auch künftighin noch vor, das möchten wir aussprechen — trotz und im Gegensatz zu Radetzki, der schon die Altonaer Woche im voraus als überflüssig erklärt hatte. Ob aber eine alljährliche Wiederholung angebracht ist, das ist eine andere Frage, die vielleicht nächstes Jahr zur Entscheidung kommt, wo Nürnberg als Tagungsort in Aussicht steht. Denn dort findet nicht zugleich eine große Gartenbauausstellung oder eine sonst zugkräftige Veranstaltung statt.

Radetzki hatte in seinem Blatte (Berliner Gärtnerbörse) übrigens auch geschrieben, die Veranstaltung habe für die Teilnehmer allzuviel schädliche Folgen, denn es würde dabei zuviel Geld bei „Wein, Weib und Gesang“ vertan, und Altona sei in dieser Hinsicht besonders gefährlich, weil „Hamburg mit der Ulrikus- und Schwiegergasse“ in nächster Nähe liege. Über diese Schmähung hat man sich nun gewaltig entrüstet und dagegen sogar besondere Entrüstungs-Resolutionen beschlossen. Ob man nicht klüger getan hätte, über jenen Anwurf mit Stillschweigen hinwegzugehen? Man hätte ihn lieber von der heitern Seite auffassen sollen, indem man der Berliner Gärtnerbörse in Gedanken mit dem Vers diente: „Und als sie nicht mehr konnten so von wegen hohen Alters, schrieb seine Sprüche Salomo und David seine Psalter.“ Denn daß in der angedeuteten Hinsicht ausgerechnet gerade die Gartenbauwochen-Teilnehmer nur aus Engeln bestehen könnten, glaubt sicherlich doch niemand. Somit besteht die Entrüstung aus einem guten Teil Pharisäismus, was Herrn Radetzki nur zu neuen Angriffen reizen dürfte.

Bei Erwähnung dieser „moralischen“ Angelegenheit erscheint es angebracht, eine andere Sache mit anzuführen, die mit dieser manches verwandtschaftliche hat. Wie alle Ausstellungen, so mußte auch die Altonaer Gartenbau-Ausstellung, um für die Deckung eines am Schlusse sich etwa herausstellenden Defizits vorzuzorgen, sich um sogenannte Garantiefondszeichner bemühen, die in dem letzterwähnten Falle das Defizit zu decken hätten. Selbstverständlich geben sich dazu nur solche wohlhabende Ortsinwohner her, die bereit sind, für das Unternehmen entweder aus reinem Idealismus in die Taschen zu greifen, oder aber Geschäftsleute, die sich sagen, daß der durch die Ausstellung am Orte gesteigerte Fremdenverkehr ihnen die etwaige Zuluße jedenfalls einbringt, im andern Falle aber geschäftliche Vorteile abwirft. Eine Hamburger politische Tageszeitung konnte nun folgendes berichten, das unwidersprochen geblieben ist: Die allgemeine Üflichkeit, zu der amtlichen Eröffnung einer Ausstellung nebst Festtafel die Garantiefondszeichner mit als Ehrengäste zu laden, hatte die Altonaer Ausstellungsleitung in eine heikle Lage versetzt. Die Eröffnung, die in Gegenwart des Kaisers und der Kaiserin (die Kaiserin ist Protektorin, Schutzherrin der Ausstellung) erfolgte, stand unmittelbar bevor. Auf einmal erinnert man sich, daß zu den Garantiefondszeichnern auch einige Altonaer Bordellwirte gehören; sonst höchst achtenswerte Personen, denn nach dem preußischen Landtags-Wahlrecht wählen sie als Höchstbesteuerte in der ersten Wählerklasse. Die Einladungen zur feierlichen Eröffnung waren schon verschickt, und auch die vom sogenannten horizontalen Gewerbe hatten solche erhalten. Da leuchtet's im Hirn eines der Verantwortlichen auf, er sagt sich: Gewiß, non olet (Geld riecht nicht),

Aber — wie wird uns die nörgelstüchtige Presse auf den Hals kommen, und wie werden wir an hoher und höchster Stelle angeschrieben werden, wenn diese Presse skandalisiert! Flugs wurde nun ein Schutzmann in Bewegung gesetzt, dem es auch glücklich gelang, die schon ergangenen Einladungen von jenen Höchstbesteuerten und erstklassigen Landtagswählern wieder zurückzuholen.

Die öffentliche Blamage ist also verhütet worden und die zu erwartenden Piepmätze sind auch wohlverdient und pünktlich dem danach verlangenden Knopflöcherer zugeflossen. — Wie gesagt, wir geben diese Mitteilung des Hamburger Plattens nur wieder, weil sie bis heute unwidersprochen geblieben ist und darum wahr sein muß. Wir würden uns nicht wundern, wenn Radetzki diese Angelegenheit auch mit der Gartenbauwochen in Beziehung brächte.

Nicht unerwähnt sei schließlich gelassen, daß auch der A. D. G. V. die Altonaer Woche zum Anlaß einer Kundgebung gemacht hat. Unsere Hamburger Freunde hatten die Einladung zu einer gemeinsamen Zusammenkunft all jener Kollegen ergehen lassen, die sich mit der Absicht trugen und sich die Zeit nehmen, das Geld opfern konnten, der Altonaer Ausstellung einen Besuch abzustatten. Am Sonntag Nacht und in der Frühe des 5. Juli trafen von auswärts zahlreiche Mitglieder des A. D. G. V. ein, die im Gewerkschaftshause empfangen und von da in Kolonnen nach der Ausstellung geführt wurden. Am Abend fand im Gewerkschaftshause ein gemütliches Zusammensein dieser außerprogrammlichen Teilnehmer statt, und Walter Kwasnik-Berlin hielt ihnen bei dieser Gelegenheit einen ernsten Vortrag, im Hinblick auf die Tagungen unserer Arbeitgeber. Am Montag, den 6. Juli, nahmen von den ursprünglich etwa 200 Kollegen noch 90 an Führungen nach dem Ohlsdorfer Friedhof, Hagenbecks Tierpark und anderen Sehenswürdigkeiten teil. Einige der Kollegen sind noch länger dort geblieben, um die Altonaer Gartenbauausstellung noch eingehender zu besichtigen und damit ihre fachlichen Kenntnisse zu bereichern. Die Kolonnen mit dem rotweißen Abzeichen (Hamburger Stadtfarbe) dürften am Sonntag gar manchem aufgefallen sein. Ob man uns gern oder ungern gesehen hat, das kann uns gleichgültig sein. Wir waren um unserer selbst willen da und unsern Hamburger Freunden zur Ehre und zur Liebe.

- o. a. -

## Die Altonaer Gartenbauwoche.

(Schluß.)

**Der Bund Deutscher Baumschulenbesitzer** ist, wie bekannt, ein sogenanntes Unternehmerkartell, also eine Vereinigung zum Zwecke von Preisvereinbarungen und der bisher einzige Verband dieser Art im Gärtnereigewerbe. Dieser Verband hielt gelegentlich der Gartenbauwoche seine Jahresversammlung ab. Obschon die allerersten Angelegenheiten des B. D. B. nur in seinen Vorstandssitzungen zur Sprache kommen, bot doch auch die allgemeine Mitgliederversammlung genügend Stoff wissenschaftlicher Natur. Der bisherige Vorsitzende Boehm-Obercassel, der sein Amt vier Jahre geführt hat, lehnte wegen geschäftlicher Überlastung in seinem Betriebe eine Wiederwahl ab; an seine Stelle wurde der bisherige zweite Vorsitzende Wundland-Kiel gewählt und als zweiter Vorsitzender Max Huth in Halle a. S. Der Geschäftsführer Wimmer konnte in seinem Jahresbericht von einem weiteren Mitgliederzuwachs berichten. Der Bund zählte am 1. Juli 779 Mitglieder. Die sogenannte Grüne Liste habe sich sehr gut bewährt. Um die Preise auf jeden Fall zu halten, sei in verschiedenen Artikeln auf eine Produktionseinschränkung hinzuwirken. Eine neue Statistik über den Umfang der Betriebe wurde aufgenommen und ist jetzt in Bearbeitung. Der Streit mit Radetzki (Berliner Gärtnerbörse) führte zu einer Klage vor dem ordentlichen Gericht; Kläger und Beklagter wurden in der ersten Instanz wegen Beleidigung je zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

An den zurzeit vereinbarten **Mindestpreisen** soll nichts geändert werden. Die **Schleuderpreise** im Anzeigen-Angebot durch die Fachpresse soll auch die bisherige bleiben; das Angebot durch die Fachpresse darf also nicht unter 50 % des Mindestpreises betragen. Im Vorstade war nach langen Verhandlungen mit einfacher Stimmenmehrheit beschlossen worden, auf höchstämige Rosen in den Fällen einen Preisnachlaß von 10 % zu gestatten, wenn dem Produzenten die Sortenauswahl anheimgestellt wird. Dieser Beschluß fand in der Mitgliederversammlung geteilte Aufnahme. Die Befürworter begründeten die Notwendigkeit eines solchen Preisnachlasses mit Hinweis auf die Auslandskonkurrenz und die Konkurrenz der Außenseiter im Inlande. Von gegnerischer Seite wurde indessen betont, daß die Sortenauswahl durch den

Lieferanten für einen Preisnachlaß unbegründet sei; jeder Geschäftsmann, der sich seine Kundschaft erhalten will, müsse gerade dann, wenn er selbst die Sortenauswahl zu treffen habe, darauf achten, nur Bestes zu liefern. Mit großer Mehrheit wurde der Vorstandsbeschluß abgelehnt u. der beantragte Preisnachlaß verworfen.

Boehm-Obercassel referierte über Beziehungen zu zweckverwandten Verbänden und teilte mit, daß man sich mit dem Deutschen Pomologen-Verein ins Benehmen setzen wolle, um durch Züchtungsverfahren die Obstwildlinge zu verbessern, bessere und gesunde Unterlagen zu erreichen, die zugleich eine reichtragende Wirkung auf die Edelinges ausüben.

Huth-Halle a. S. berichtete über den Stand der **Gewerbesteuerfrage**. Es herrsche hier in der Praxis immer noch große Verschiedenheit. Während beispielsweise in der Provinz Hannover die Faamschulen zumeist zur Gewerbesteuer veranlagt werden, ist in Schleswig-Holstein das Gegenteil der Fall. Wo und soweit es sich um den Vertrieb von zugekauften Erzeugnissen handelt, sei gegen die Veranlagung nichts einzuwenden. Die Eigenproduktion falle aber aus dem Rahmen des Gewerbesteuergesetzes hinaus; hier müsse stets betont werden, es handle sich um Urproduktion. In dieser Betonung solle man sich weniger Reserve auferlegen, als es gewöhnlich geschehe. Die Sache sei auch im Hinblick auf den Fortbildungsschulbesuchszwang der Jugendlichen und der Lehrlinge zu betrachten, denn Befreiung von der Gewerbesteuer bedeute gleichzeitig Befreiung der Lehrlinge und Jugendlichen vom Besuch der Pflichtfortbildungsschule.

Ein Diskussionsredner verweist darauf, daß die ganzen Rechtszugehörigkeitsverhältnisse noch sehr unklar seien, der Bund solle auch nach dieser Richtung hin seinen Einfluß einsetzen. Der betreffende Redner wird vom Vorsitzenden ersucht, seine Wünsche und Vorschläge dem Vorstände schriftlich einzureichen, man werde sich dann damit beschäftigen. — Es hätte eigentlich nahe gelegen, hier auch das Kieler Oberlandesgerichts-Urteil zu erwähnen, durch das die Anwendung des Kinderschutzes auf Baumschulbetriebe ausgesprochen wird, zumal diese Angelegenheit schließlich nicht weniger wichtig ist als die Pflichtfortbildungsschulfrage. Wir hatten als Zuhörer den Eindruck, daß dieses Thema absichtlich nicht erörtert worden ist. (Es wird uns übrigens berichtet, daß im Holsteinischen Baumschulgebiet das Kinderschutzes wieder lustig übertreten wird!)

Mohrenweiser-Altenweddingen berichtet, daß Beschwerden wegen Unterbietungen der Mindestpreise durch Mitglieder fast nicht eingegangen sind. Durch kleinere Verdrößlichkeiten solle man sich an den Mindestpreisen irre machen lassen.

Mit der Vereinigung der gärtnerischen Fachpresse sind neue Vereinbarungen eingegangen. Die dieser Vereinigung angeschlossenen Fachblätter sollen künftighin dauernd einen Hinweis bringen, daß in ihrem Blatte Schleuderpreisangebote (siehe Schleuderpreisgrenze!) nicht aufgenommen werden. Jedes dieser Blätter wird der Kontrolle eines bestimmten Mitgliedes unterstellt, das am Erscheinungstage des Blattes die Inserate nachzuprüfen hat. Etwaige Beanstandungen sind sofort dem Vorsitzenden des Vereins der Fachpresse, Herrn Olbertz in Erfurt, mitzuteilen, der sich mit einem entsprechenden Schreiben an die Schleuderpreisinserenenten wendet und auf diese einwirken soll, die Preise in Gemäßheit der Bestimmungen des Bundes zu ändern oder aber diese aus dem Inserat ganz zu entfernen. Das in Betracht kommende Blatt soll dem Inserenten eine dem Sinne nach gleiche Mitteilung machen und hinzufügen, daß im Weigerungsfalle der weitere Abdruck des Inserats unterbleiben werde.

Während man schon bisher mit der erwähnten Fachpresse, nämlich der Wiederverkäuferpresse, ein den Wünschen des Bundes angepaßtes Verhältnis unterhielt, war es nur selten möglich, auch die Fachpresse für das Privatpublikum, für den Kleinhandel an Private, derartigen Wünschen gefügig zu machen. Die meisten dieser Blätter erscheinen als Beilagen großer Tageszeitungen, und deren Inhaber haben den Bund bisher nicht respektiert. Es soll nun mit aller Kraft darauf hingewirkt werden, auch diese Blätter zur Anerkennung der Bundes-Bedingungen zu bringen. Wenn ein Bundesmitglied in einem solchen Blatte inserieren will, soll es jedesmal die Bedingung stellen: „Das Inserat ist nur aufzunehmen, wenn in dem Blatte Schleuderinserate im Sinne der Vereinbarungen des B. D. B. ausgeschlossen werden“. Blätter, die sich dem nicht fügen, sind künftighin von den Bundesmitgliedern zu boykottieren.

Über die **Behandlung der Außenseiter** berichtet Müllerklein. Noch immer steht eine beachtliche Anzahl von Firmen außerhalb des Bundes. Vor zwei Jahren wurde an die Außenseiter ein Rundschreiben gerichtet, in dem diesen mitgeteilt wird, daß Bundesmitglieder an Außenseiter weder verkaufen, noch von ihnen etwas kaufen. Dann ist auch mit der Herausgabe einer Liste der Außenseiter gedroht worden; dadurch wurden im letzten Halbjahre dem Bunde 75 neue Mitglieder gewonnen. Preisunterbietungen seien aber auch von Mitgliedern vorgekommen, und müsse künftighin hier noch entschiedener vorgegangen werden. — Ein Diskussionsredner nimmt einen vom Vorstände abgelehnten Antrag wieder auf, inhalts dessen künftighin gegen Übertreter Geldstrafen verhängt werden sollen, deren Beitreibung durch

hinterlegte Sichtwechsel zu gewährleisten wäre. Böhm erklärt dazu aber, daß es eines derart scharfen Mittels, vorerst wenigstens, nicht bedarf. Bisher habe eine mildere Form, nämlich die Rüge und die Drohung mit dem Ausschlusse unter Hinweis auf die damit verknüpften nachteiligen Folgen vollauf genügt. Durch diese Erklärung wird der Antrag hinfällig. Es verbleibt bei der bewährten milderen Form.

Beterams berichtet über den Stand der **Zollfrage**, die Denkschrift des V. d. H. D. und den Hinzutritt des Verbandes Deutscher Blumengeschäftsinhaber zu den erhobenen Forderungen. Es gelte jetzt, die Reichstagsabgeordneten, die Landratsämter, die Handelskammern und andere Stellen scharf zu machen, diese für die Forderung zu gewinnen.

Jungclausen berichtet über den Stand der **Gärtnererausschüsse bei den Landwirtschaftskammern**. Die Kammern seien zumeist ungern dazu geschritten, diese neue Einrichtung zu schaffen und verhalten sich diesz gegenüber teils nachlässig, was Redner im preuß. Landesökonomiekollegium zur Sprache bringen will. Die Organisation der Ausschüsse sei recht verschieden, die zurzeit beste weise die bei der Landwirtschaftskammer für Brandenburg auf. Hier sei die freiwillige Beitragsleistung vonseiten der Gärtnererinnhaber vorgesehen, desgleichen eine Wahl der Ausschußmitglieder durch die Beitragsleistenden. Vom Landesökonomiekollegium ist der Rat erteilt worden, in den Ausschüssen nicht gleich zuviel Angelegenheiten in Angriff zu nehmen. Es empfehle sich, sich zunächst nur zu beschäftigen mit Fragen über die besten Obstsorten und Zuchtgemüse, die Organisation des Warenabsetzes und das Lehrlingsbildungswesen. —

Die Tagesordnung des B. D. B. war, wie erkenntlich, recht umfangreich. Sie wurde trotzdem in nur vier Stunden erledigt. Sämtliche Referate wurden auf das kürzeste beschränkt und waren doch inhaltreich. Eine Diskussion wurde zumeist gar nicht beliebt, wo sie aber einsetzte, beschränkte sie sich ebenfalls immer auf nur Einzelfragen und war dann sehr schnell erledigt.

**Verband der Handelsgärtner Deutschlands.**

„**Welche Schranken zieht das Ausland unserer gärtnerischen Ausfuhr?**“ So lautete das Thema, das Handelsgärtner Rundewandsbrück zu behandeln hatte. Die Aufgabe die es Redners war darzustellen, daß die Ausfuhr von Gartenbauerzeugnissen in das Ausland durch Zölle und andere Maßnahmen großen Erschwerungen und Beschränkungen unterliege. Dadurch habe sich diese Ausfuhr nur ganz ungenügend entwickeln können. Dem stehe aber eine geradezu erdrückende Einfuhr gegenüber, die von Jahr zu Jahr sich gesteigert habe. In der Ausfuhr stark beschränkt, in der Einfuhr ungeschützt habe sich ein Zustand des Unrechts entwickelt, dem in der Hauptsache durch angemessene Einfuhrzölle entgegengetreten werden müsse, wie solche von der deutschen Gärtnerie begehrt werden. Die nationale und volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Gärtnerie werde schon damit ausgedrückt, daß diese alljährlich etwa 75 Millionen Mark an Löhnen leiste. — Der zweite Redner, Bertram-Cl. Flottbek, sprach über „**Die Bedeutung der gärtnerischen Produktion in der Provinz Schleswig-Holstein**“. Nach der amtlichen Statistik von 1906 waren damals 2336 Betriebe mit 2842 Hektar Größe vorhanden und wurden in diesen 9261 Personen beschäftigt. Am meisten hat sich hier die Baumschulbranche entwickelt. Fast jedes Jahr werden Bauerngüter verkauft, deren Gelände mit Baumschulartikeln bepflanzt wird. Allein der Bezirk Halstenbek beschäftigt zurzeit rund 3000 Personen. Da die einheimischen Arbeitskräfte nicht ausreichen, werden in großer Zahl solche aus Schlesien, Posen und Galizien herbeigezogen. Einzelne Firmen in Halstenbek beschäftigen in der Versandzeit um 200 Personen. 85 Prozent der Anlagen sind Forstkulturen. Dann folgen Rellingen, Pinneberg, Elmshorn, Bedeutend sei der Gemüsebau in den Vierlanden. In Hellbrok bestehen z. Z. 60 Gemüsegärtnerereien mit zusammen 200 Hektar Gelände. 60 000 Quadratmeter sind mit Glas bedeckt. Dem Rharhareranbau dienen in Hellbrok 50 Hektar. Ein besonderes Gebiet ist noch das Marschland, das an holländische Verhältnisse erinnert. — Den dritten Vortrag hielt Prof. Dr. Klebahn über „**Schädlingsbekämpfung und Pflanzenkrankheiten**“. So wertvoll die Ausführungen sein mochten, und so kräftig sich der Redner mit gutem Organ ins Zeug legte, die Aufmerksamkeit war hierzu sehr gering. Die meisten hörten eben, was ihnen da längst bekannt war oder sagten sich, daß Vorträge dieser Art auf einer solchen Tagung wenig am Platze seien. — Zu erwähnen ist noch die Ansprache des Vorsitzenden, Mar Ziegenbalg-Dresden. Dieser feierte die Erfolge des Verbandes, besonders die Einigung mit dem Verbande der Blumengeschäftsinhaber in der Zollfrage. Die seinerzeit durch die Arbeit des Verbandes errichtete selbständige Gärtnererwerbungs-genossenschaft erfülle jetzt alle auf sie gesetzten Erwartungen, denn es stehe nun fest, daß für das Tausend Mark Lohnsumme nicht mehr als 2.65 Mk. Beitrag zu leisten sei. Eine Einbeziehung der selbständigen Blumengeschäfte in die Gärtnererwerbungs-genossenschaft wäre unzweckmäßig im Hinblick auf die Lösung der Rechtszugehörigkeitsfrage. (Mit anderen Worten: Herr Ziegenbalg, der Vorsitzende des V. d. H. D. hofft, die Rechtszugehörigkeitsfrage werde schließlich doch außerhalb des Rahmens der Gewerbeordnung gelöst werden! D. B.) „Halten Sie zusammen, und werben Sie weiter neue Mitglieder. Denn stets, wenn

man etwas verlangt, wird gefragt: Wieviel stehen hinter Ihnen? — Auf das voriges Jahr in Breslau behandelte Thema „Die Arbeitnehmerbewegung“ zurückzukommen, lag kein Anlaß vor. Diese Angelegenheit ist inzwischen ja im Sinne jenes Vortrages durch Hauptversammlungs- und Vorstandsbeschlüsse auf jenes Gleis geschoben worden, auf welches man sie hinhaben wollte. Andererseits hatte sich aber der Reichsverband mit der Frage der Errichtung eines Sonderausschusses für Arbeitnehmerangelegenheiten zu beschäftigen. Da an diesem Ausschuss nur „nationale“ Gehilfen-Vereinigungen beteiligt werden sollen, es aber nur eine einzige dieser Art gibt und diese ziemlich bedeutungslos ist, kann man sich solches Dekorationsstück schon leisten.

#### Verband Deutscher Gemüsezüchter.

Dieser vor zwei Jahren gegründete Verband ist ein Konkurrenzunternehmen der im V. d. H. D. organisierten Gemüsegärtner und ein unmittelbarer Zweig des Bundes der Landwirte. In der Zollfrage hat sich dieser Verband den Forderungen des V. d. H. D. angeschlossen. Es erschien überflüssig, auf dieser Tagung die Zollfrage noch besonders behandeln zu lassen. Man ließ sich von Saul-Gluckstadt einen Vortrag über „Die Bedeutung des Gemüsebaues an der Unterelbe und die Wünsche der dortigen Gemüsezüchter“ halten und ließ in diesem Vortrage — die Zollwünsche zu Gehör bringen. Einen zweiten Vortrag hielt Prof. Dr. Kleebahn, über „Schädlinge im Gemüsebau und die Bekämpfungsmaßnahmen des Hamburger Staates“.

**Der allgem. Verhandlungstag für alle Verbände** brachte als ersten Vortrag „Die Regelung des gärtnerischen Sachverständigenwesens“. Der Vortragende, Herr Garteningenieur Hanisch-Breslau, hatte damit eine undankbare Aufgabe übernommen. Der Stoff war für eine so große Versammlung zu trocken, weswegen den Ausführungen nur wenige Anwesende zuhörten. — Der zweite Redner, Kgl. Garteninspektor L ö b n e r-Dresden, der das Thema „Das gärtnerische Züchtungs- und Versuchswesen“ behandelte, verstand es, sich in steigendem Maße das Ohr der Versammlung zu erobern. Seine Vorschläge gipfelten darin, die Ministerien der deutschen Bundesstaaten sollten an den Gärtnerlehranstalten und Gartenbauschulen den Unterricht im gärtnerischen Versuchs- und Züchtungswesen mehr ausbauen und, wo überhaupt noch nicht vorhanden, neu einrichten. Außerdem sei ein Staatsinstitut für denselben Zweck zu schaffen, das dem neuen Institut für allgemeine Vererbungs- und Züchtungslehre in Potsdam anzugliedern wäre. Die anregenden und fesselnden Ausführungen des Redners fanden großen Beifall, lösten in der Diskussion aber auch einigen Widerspruch insofern aus, als einzelne Redner betonten, all jenes solle man dem praktizierenden Fachmann überlassen, denn die Lehranstalten seien in ihren Lehrplänen ohnedem schon übermäßig belastet. Die Angelegenheit soll weiter im Auge behalten werden.

#### Allgemeiner Gärtnerstag für alle Verbände.

Ein allgemeiner Gärtnerstag für alle dem Reichsverbande f. d. d. Gartenbau angeschlossenen Verbände bildete den Abschluß der Gartenbauwoche. Den Verhandlungen wohnten Vertreter verschiedener Behörden, Landwirtschaftskammern und anderer Körperschaften bei. Der Landwirtschaftsminister wurde durch Ministerialdirektor Schröder und Vortragender Rat Dr. Oldenburg vertreten, das Reichsamt des Innern durch Geheimrat Dr. Bönisch. Ministerial-Direktor a. D. Dr. H. Thiel eröffnete die Versammlung mit einem Kaiserhoch. Sodann wurde beschlossen, folgendes Huldigungstelegramm an den Monarchen zu senden: „Euer Majestät geloben die auf dem Dritten Deutschen Gärtnerstag in Altona versammelten deutschen Gärtner aufs neue unverbrüchliche Treue. Sie ersehen ihre Hauptaufgabe darin, den Gartenbau in allen seinen Zweigen zu Nutz und Zier des unter Euer Majestät segensreicher Führung sich immer mächtiger entwickelnden deutschen Vaterlandes zu immer höherer Blüte zu bringen.“

Verschiedene Vertreter der Behörden usw. hielten Begrüßungsansprachen und versicherten den Teilnehmern des ganz besonderen Wohlwollens ihrer Auftraggeber. Als erster Vortragender sprach Gartendirektor Heicke-Frankfurt a. M. über „Gärtnerisches Ausstellungswesen“. Nach einer eingehenden Schilderung des Ausstellungswesens und Aufführung von Wünschen für eine Verbesserung der bisherigen Handhabung kam Redner zur Förderung der Schaffung einer Hauptstelle für die Durchführung der Grundsätze. Die geeignetste Körperschaft, die berufen sein dürfte, solche allgemeine Bestimmungen festzusetzen und deren allgemeine Anerkennung durchzuführen, dürfte der Reichsverband für den deutschen Gartenbau sein. Er sollte dazu übergehen, eine Stelle zu schaffen, die für Gartenbau-Ausstellungen eine ähnliche Rolle zu spielen berufen ist, wie sie die Ausstellungs-Kommission für die deutsche Industrie auf anderen Gebieten bildet. In einer solchen Beratungsstelle, für die der Arbeitsausschuß den Vorsitzenden zu bestellen hätte, müßten die verschiedenen Zweige und Gruppen des deutschen Gartenbaues vertreten sein. Ihr müßten also angehören je ein Vertreter der Handelsgärtner, der Baumschulenbesitzer, der Obstzüchter, der Blumengeschäftsinhaber, der selbständigen und der beamteten Gartenarchitekten, des Liebhabergartenbaues und der Fachpresse. Aufgabe dieser Beratungsstelle würde es sein, darauf hinzuwirken, daß Gartenbau-Ausstellungen nur veranstaltet werden, wenn ein wirkliches Bedürfnis der beteiligten Fachkreise vor-

liegt, und daß jede Ausstellungsveranstaltung den von den beteiligten Berufsgruppen zu stellenden Anforderungen entspricht. Sie würde ferner darauf hinzuwirken haben, daß für die Durchführung nach geschäftlicher, technischer und künstlerischer Seite hin durch Beschaffung ausreichender Mittel und Gewinnung geeigneter Kräfte Gewähr geboten wird.

Über **Handelsbräuche** sprach H. Müller-Langsur. Redner lernte zunächst die bei einigen Verbänden eingeführten einheitlichen Verkaufsbedingungen dar. Auf Grund von Beschlüssen der wirtschaftlichen Verbände im Reichsverband für den deutschen Gartenbau, die am 28. Mai gefaßt worden sind, hat der Redner einen Entwurf der Lieferungsbedingungen für den Verkehr mit Erzeugnissen des Gartenbaues und mit Sämereien ausgearbeitet, der vorgelegt wurde.

Ein Vortrag des Generalsekretärs F. Johs. Beckmann über „Die künftigen Handelsverträge und Schutzzoll auf gärtnerische Produkte“ machte den Schluß der Tagung. Einleitend gab Redner seiner großen Freude Ausdruck über die erfolgte Einigung mit dem Verbands Deutscher Blumengeschäftsinhaber in der Zollfrage. Diese Einigung sei ganz besonders wichtig, denn nun könnten die Gegner des Schutzzolles die Blumenhändler nicht mehr gegen die Forderungen ausspielen. Die jetzt verlangten Zölle seien ohne Schädigung des gesamten Wohls durchführbar, sie sollen der deutschen Gärtnerei nur die Gewißheit einer weiteren Existenzmöglichkeit geben, und das Übermaß der Einfuhr, das zu unhaltbaren Zuständen führen müsse, zurückdämmen. Mit den Pflanzenzöllen beschäftigte sich die Öffentlichkeit wenig. Etwas mehr schon mit den Blumenzöllen, bei denen man aber anscheinend auf gegnerischer Seite auch jetzt schon zu Zugeständnissen bereit sei. Die Hauptgegnerschaft richte sich gegen die verlangten Zölle auf Gemüse und Obst. Der Hansabund, von dem man noch im Februar hoffen konnte, daß er eine wohlwollende Haltung einnehmen würde, habe sich in der Sitzung seines Gesamtausschusses in Köln grundsätzlich ablehnend verhalten. Der Redner ging auf eine Anzahl von Gründen ein, die gegen die Berechtigung der Zölle geltend gemacht werden. Es werde auf gegnerischer Seite mit großen Übertreibungen und Unrichtigkeiten gearbeitet. Die gärtnerische Einfuhr sei seit dem Inkrafttreten der Handelsverträge um 7 Millionen Doppelzentner gestiegen, der Wert der Einfuhr von 143 auf 277 Millionen Mark. Wie solle das werden, wenn die Einfuhr durch das in der Produktion fast unbeschränkte Ausland auf weitere 12 Jahre anwachse. Die Ausfuhr steige gegenüber diesen Zahlen kaum nennenswert, in der Hauptsache aus dem Grunde, weil die Hauptabsatzgebiete der Gärtnerei bereits die Zölle eingeführt haben, die Deutschland vorenthalten bleiben sollen. Alle anderen vorgeschlagenen Mittel zur Hebung des Obst- und Gemüsebaues würden so lange erfolglos sein, als das Hauptmittel, der Zoll, fehle. Die Reichsregierung habe erklärt, die Handelsverträge nicht kündigen zu wollen. Dies würde aber kaum durchführbar sein, da verschiedene andere Vertragsländer ein Fortbestehen der jetzigen Zustände nicht wünschten. Eine Zolltarifnovelle stehe also in ziemlich sicherer Aussicht. Die Reichsregierung sieht sich einer einmütigen geschlossenen Gärtnerschaft gegenüber. Die Gärtner vertrauen darauf, daß die Regierung ihr gegebenes Versprechen, die Gärtnerei zu den Vorverhandlungen hinzuzuziehen, einlöse. Namhafte Kreise haben sich für die Berechtigung der gärtnerischen Wünsche ausgesprochen, so die Mehrzahl der Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses und der Landwirtschaftsminister, ferner der deutsche Landwirtschaftsrat, Landes-Ökonomie-Kollegium, Landwirtschaftskammern und andere Behörden. Die Behauptung, daß bei Berücksichtigung gärtnerischer Forderungen Handelsverträge überhaupt nicht abgeschlossen werden könnten, könne nicht zutreffen, denn die Forderungen seien so maßvoll, daß die Regierung, wenn sie den Willen habe, diese auch durchdrücken könne. Redner schloß mit einem Aufruf an die Versammlung, in der Aufklärungsarbeit und in der Agitation nicht nachzulassen.

#### Der Reichsverband f. d. d. Gartenbau

hatte eine Vorstandskrisis. Der Vorsitzende Freiherr von Solmacher hatte, wie bekannt, sein Amt bereits im Monat Mai abgegeben. Nun sollte dafür Ersatz geschaffen werden. Zwei Stunden lang beschäftigte man sich mit dieser Frage und kam zu keiner Einigung, weil sich allzusehr widerstrebende Interessen bemerkbar machten. Herr Ministerialdirektor a. D. Thiel, der bisherige stellvertretende Vorsitzende, der schon im vorigen Jahre sein Amt nur bedingungsweise angenommen hatte und der dieses, seines hohen Alters wegen, diesmal ebenfalls abgeben wollte, brachte dann das Opfer, den Vorsitzendenposten vorläufig weiter auszufüllen, ersuchte aber dringend, daß man sich recht bald auf eine andere, jüngere Person einigen möge. Sonst ist aus den Verhandlungen des Reichsverbandes noch erwähnenswert ein Beschluß, nach welchem ein **Sonder-Ausschuß für Arbeitnehmer-Angelegenheiten** gebildet werden soll, zu dessen Verhandlungen aber nur solche Gehilfen-Vereinigungen herangezogen werden sollen, die auf „nationalen Boden“ stehen. Das ist natürlich von vornherein eine totegeborene Sache, ein Dekorationsstück, an dem selbst die sogenannten nationalen Gehilfen-Vereinigungen keine wirkliche Freude haben werden. Erstens gibt es nur eine „nationale“ Gehilfen-

Vereinigung, den christlich-nationalen Gärtnerverband, und zweitens: Was soll jener Sonderausschuß denn eigentlich für die Arbeitnehmer Zweckdienliches und Nützliches leisten? Ohne den freigewerkschaftlichen A. D. G. V. könnt Ihr in solchen Dingen Alle nichts tun! Außerdem ist der Reichsverband in seiner heutigen Gestalt auch ganz ungeeignet, sich besonderer Gehilfenfragen mit Erfolgsaussicht zu widmen. Das muß von unten auf kommen: die wachsenden Machtverhältnisse der Arbeitnehmer in ihrer gewerkschaftlichen Organisation sind am Werke, die Einrichtungen herbeizuführen, die zeitgemäß, notwendig und nützlich sind. Alle anderen Bemühungen werden vergeblich sein und bleiben.

## „Christlich-National“

oder: Der Deutsche Gärtner-Verband in seiner wahren Gestalt.

### 3. Der Deutsche Gärtner-Verband als Gewerkschaft.

Wir ersahen aus den vorausgegangenen Darlegungen, daß der D. G. V. bestrebt ist, sich das Vertrauen und die Unterstützung der Unternehmer zu erwerben und zwar der reaktionärsten Unternehmer vom Schläge eines Bernstein und Genossen, denen jedes Mittel recht ist, um die aufwärtsstrebende Kollegenschaft, im besonderen die im A. D. G. V. zusammengeschlossene, an die Wand zu drücken.

Eine selbstverständliche Begleiterscheinung des sehr unchristlichen Anschwärmens durch den D. G. V. ist ein sehr artiges Verhalten, um sich damit der Gunst der Scharfmacher auch würdig zu erweisen, jener Scharfmacher, denen ja nichts Schlimmeres widerfahren kann, als eine ernsthafte und mit Erfolg geführte Lohnbewegung oder gar ein Streik.

Blicken wir einmal kurz zurück, wie der D. G. V. auf diesem gewerkschaftlichen Gebiete im Laufe der elf Jahre seines Bestehens sich in der Praxis betätigt, und halten wir uns dabei immer vor Augen, daß der D. G. V. doch in erster Linie eine Gewerkschaft sein will, d. h., eine Vereinigung von Berufskollegen, die in erster Linie die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer heben soll.

„Können wir mit Streiken überhaupt etwas erreichen? Hier muß wieder mit einem entscheidenden Nein geantwortet werden.“ So heißt es wörtlich in einem Flugblatte des D. G. V. aus dem Jahre 1906, kurz nach dem organisierten Streikbruch in der Berliner Handelsgärtnerei.

Jeder Kollege vergegenwärtige sich einmal die noch so schlechten Löhne, die lange Arbeitszeit, Kost und Logisverhältnisse und was dergleichen Begleiterscheinungen in unseren Arbeitsverhältnissen noch mehr sind. Dazu ein kleinliches Unternehmertum, das an diesen alten Überlieferungen zähe festhält und das in Deutschland bei weitem noch die Oberhand hat. Nur selten ist es uns bisher gelungen, friedliche Vereinbarungen, Tarifverträge abzuschließen. Angesichts dieser Zustände kommt der D. G. V. daher und erklärt den Streik gewissermaßen als eine Dummheit, über die er erhaben sei. Diesen Standpunkt hat die Leitung des D. G. V. im Laufe der Jahre möglichst zu wahren gesucht. Nur, wenn es nicht mehr anders ging, wenn die Dränger aus den eigenen Reihen erstanden und in Verrat nicht mehr mitmachen wollten, hat man sich wenigstens zum Scheine an den Lohnbewegungen und gar auch an Streiks beteiligt. An Streiks aber nur dann, wenn solche der eigenen Kasse kein Geld kosteten. Nicht der Wille von oben, sondern der Druck von unten brachte ein gelegentliches Mitgehen bei Lohnbewegungen mit dem A. D. G. V. fertig. Ein zweites „Berlin 1906“ hat man im D. G. V. bisher allerdings noch nicht wieder gewagt.

Wo hat nun der D. G. V. aus eigener Kraft Lohnbewegungen oder gar Streiks geführt? — Nirgends!

Und trotzdem mimt er, wenn es ihm paßt, den starken August, der in der Lage sei, die Welt aus den Angeln zu heben.

Selbständige Erfolge erreichte der D. G. V. nie. Immer war der D. G. V. nur der vom A. D. G. V. Mitgeschleppte.

An den in den letzten Jahren geführten Lohnbewegungen der Berliner Kollegen mußte der D. G. V. (gewitzigt durch die bösen Folgen des Streikbruchs 1906) sich allerdings beteiligen; denn die Gunst der Unternehmer brachte den D. G. V. nicht vorwärts. Seine Beteiligung an diesen Bewegungen war aber so unbedeutend, daß, wenn die Lohnkommissionsmitglieder auf Grund der Zahl der in Betracht kommenden Mitglieder gewählt worden wären, der D. G. V. in der Lohnkommission überhaupt keine Vertretung gefunden hätte.

Bei den vom A. D. G. V. geführten Lohn- und Tariffkämpfen in Dresden, Leipzig, Hamburg, Bremen, Lübeck, Kiel, Rostock, Danzig, Königsberg, München, Mannheim, Frankfurt, Dortmund, Hannover, Remscheid, Solingen, Velbert, Barmen und vielen andern kleineren Orten war der D. G. V. niemals beteiligt, sei es, daß er dort keine Mitglieder hatte, sei es, daß er die Anwesenheit seiner wenigen Mitglieder verschwieg, um — bei diesen Gelegenheiten womöglich im Trüben zu fischen.

Die Bedeutungslosigkeit dieses Verbandes kommt uns erst recht dann zum Bewußtsein, wenn wir die Ausgaben des D. G. V. für Lohnbewegungen und Streiks während dieser elf Jahre be-

trachten. Diese belaufen sich wie folgt: 1904 bis 1910 = 0,00 Mk., 1911 = 131,50 Mk., 1912 = 181,72 Mk., 1913 = 175,30 Mk., also sage und schreibe: in elf Jahren hat der D. G. V. 488,52 Mk. für den angeblich wichtigsten Zweck seines Daseins ausgegeben, während der A. D. G. V. für diesen Zweck allein im Jahre 1912 rund 17 000,00 Mark aufwachte und 1913 = 156 000,00 Mk. Die Gesamtausgaben des A. D. G. V. für Lohnkämpfe seit 1903 bis 1913 betragen sogar 92 400,00 Mk.

Nun werden allerdings die Hüter des D. G. V. kommen und mit welterfahrener Miene kundtun, daß sie in diesem Falle eben das Geld nicht so „zwecklos vergeuden“ wie der A. D. G. V. das tut. Aber da muß jeder ABC-Schütze in der Gewerkschaftsbewegung nur aus Leibeskräften lachen und den bemitleiden, der solchen Unsinn verzapft. Unsere Arbeitsverhältnisse stücken ja noch so tief im Sumpf, daß es gerechtfertigt wäre, zu deren Hebung noch mehr Geldmittel aufzuwenden, das Mittel der Streiks und Sperrn noch häufiger anzuwenden. Dazu hat aber der D. G. V. weder Geld noch den guten Willen; es verträge sich doch auch nicht mit der Eigenschaft „Christlich-national“.

In Düsseldorf führte der A. D. G. V. die ersten Lohnbewegungen 1905 und 1907, die letztere mit einem drei Wochen dauernden Streik, der die Grundlage zu den heutigen tariflich geregelten Verhältnissen schaffte. An diesen Bewegungen war der D. G. V. aber nicht beteiligt; dagegen beteiligte sich der D. G. V. in den folgenden Jahren an den verschiedentlich geführten Firmenstreiks mit insgesamt — einem Mann, der auch zwei Tage Streikposten gestanden hat. Wenn dann der D. G. V. bei den Tarifverhandlungen 1911 und 1914 in der Kommission mit mehr Vertretern beteiligt war als ihm auf Grund seiner Mitgliederzahl zustanden, so nur aus dem einfachen Grunde, um ihm jeden Grund zu nehmen, abzuspriegen und auf eigene Faust ein die Gesamtheit schädigendes Techtel-Mechteln mit den Unternehmern zu machen. Ähnliche Erwägungen waren an einigen anderen Plätzen in ähnlichem Sinne für uns entscheidend. Wer die „christlichen“ Streikbrüche bei den Holzarbeitern 1905 in Köln, bei den Bergarbeitern 1912 und bei den Textilarbeitern 1913 (in Krefeld) kennt, der wird diese unsere Vorsicht verstehen können. Der D. G. V. würde eben auch heute noch jede sich bietende Gelegenheit wahrnehmen, um den Unternehmern seine Unentbehrlichkeit zu beweisen. Das kann man unter anderem auch aus einem Artikel „Alles ein Gemüse?“ in Nr. 24 der christlichen Gärtnerzeitung, vom 21. 11. 12 ziemlich bestimmt herauslesen.

In Köln, wo die Tariffbewegung 1912 erst auf Drängen unsererseits eingeleitet wurde, ist das Verhältnis fast das gleiche.

In Essen und in Duisburg, wo der D. G. V. und der A. D. G. V. 1912 und 1913 in fast gleicher Zahl in die Bewegung eintraten, war das Ergebnis sehr schlecht oder gleich Null. Das ist der Fluch der Zersplitterung im Lager der arbeitnehmenden Gärtner, der sich besonders dann fühlbar macht, wenn der D. G. V. in nennenswerter Zahl beteiligt ist.

So sehen wir, daß der D. G. V. im Kampf um bessere Berufsverhältnisse keine wirklich unterstützende Hilfe bedeutet, sondern daß seine bloße Existenz geradezu einen Hemmschuh darstellt.

Geradezu lächerlich wirken die großen Worte des D. G. V., wenn er in seinen Flugblättern auf die Lohnkämpfe und Tarife zu sprechen kommt. „Das Resultat unserer Arbeit sind die abgeschlossenen Tarifverträge in Köln und Duisburg 1912, ebenso in Düsseldorf 1914“, so preist man sich den Lesern an. Den eigenen Mitgliedern gegenüber sucht man den Anschein zu erwecken, als gehe man gegen das Ausbeutertum im Beruf rücksichtslos vor, indem man in Versammlungen usw. den Mund recht voll nimmt. Gleichzeitig wendet man sich um und sagt den Unternehmern oder läßt ihnen doch fühlen, daß das alles nur geschieht, um den A. D. G. V. zu bekämpfen, diesen nicht hochkommen zu lassen.

So kommt es auch, daß die „christliche“ Zeitung in erster Linie der Bekämpfung des A. D. G. V. dient. 1911 brachte dieselbe in ihren 26 Nummern allein 45 mal Angriffe auf den bösen A. D. G. V., 33 mal Angriffe auf die sogen. sozialdemokratischen Gewerkschaften und nur 5 (fünf)-mal Kritiken über Mißstände im Beruf. 1912 und 1913 fast dasselbe Bild. Alles Schlechte wußte diese „christliche“ Zeitung über den A. D. G. V. zu melden; wenig oder garnichts jedoch über die ausbeutenden und prügelnden Unternehmer, Lehrlingszüchter, schlechte Wohnungen, Kost und sonstige Unverschämtheiten, die sich in unserem Berufe noch so tausendfältig kundtun. Was Wunder also, daß selbst ein Herr Zavelberg aus Brühl dem D. G. V. in einem Schreiben versichert, daß er die Mitglieder des D. G. V. gern einstelle. Diese Zuneigung gönnen wir den „Christlichen“ gern mitsamt der hohen Gönnerschaft des Herrn Bernstein und Gen. und sind darauf nicht im geringsten neidisch.

„Es ist alles ein Gemüse, ob rot oder christlich-national“, sagte seinerzeit einmal der Herr Handelsgärtner Esch aus Wickrath. Gegen diese Behauptung hat der D. G. V. sich immer ganz energisch gewehrt, den Arbeitgebern damit sagend, daß er von dem A. D. G. V., dessen Lebenselement der Kampf um bessere Arbeitsverhältnisse ist, nichts wissen will. Wir sahen aber vorhin, daß der D. G. V. zur gänzlichen Ohnmacht verdammt ist, wenn er nicht vom A. D. G. V. ins Schlepptau genommen wird,

Was Wunder, daß die Hoffnung des D. G. V., die deutschen Gärtnergehilfen würden ihm in wenigen Jahren zu Tausenden anhängen, zu Wasser geworden ist und er jetzt nach elf Jahren immer noch an dem ersten Tausend herumlaboriert, um es doch auf irgend eine Weise zusammenzubringen. Welche Mittel dabei angewandt werden, wie man die Mitglieder zu gewinnen sucht, das werden wir noch an einigen Beispielen zeigen.

Eins steht fest. Den Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Gärtner in Deutschland führt bisher nur der A. D. G. V., während der D. G. V. nur ein Meigewicht bedeutet, das den Gang der Entwicklung hemmt.

Der gesunde Sinn der Kollegen wird auch ferner dafür sorgen, daß die Bedeutungslosigkeit dieses Verbandes so bleibt. H. L.

## Erfreuliches aus der Ortsverwaltung Mannheim.

Wird ab und zu mal ein Rückblick gehalten, so zu dem Zweck, um feststellen zu können, ob in unserer Organisation alles geschiefen ist, diese auf die Höhe zu bringen und gerüstet dazustehen, allen Angriffen der Gegner gewachsen zu sein. Zweifellos dürfte nun Mannheim eine derjenigen Ortsverwaltungen sein, die alles mit gutem Erfolg versucht haben, diesem Ziele näher zu kommen.

Die wirtschaftliche Lage war uns in der letzten Zeit keineswegs günstiger als in den übrigen Orten Deutschlands. Die Krise machte sich auch hier im Gärtnerberufe bemerkbar, und auch unsere Mitglieder hatten darunter zu leiden. Trotzdem haben wir noch einen schönen Fortschritt zu verzeichnen. Im Vordergrund stand zunächst, das Erreichte zu halten und zu befestigen und die einzelnen Zahlstellen, deren es innerhalb der Ortsverwaltung nicht gerade wenige sind, weiter auszubauen, die gleichgültigen Kollegen aufzuklären und die absetzenden der Organisation zuzuführen, was uns nach anstrengender Tätigkeit teilweise gelungen ist. Andererseits dürfen aber auch die Schwierigkeiten nicht außer acht gelassen werden, die uns hindernd im Wege stehen. Einesteils ist es das Kost- und Logiswesen in den Betrieben, andernteils lassen sich die Kollegen nur allzuleicht von ihren Arbeitgebern gruslich machen. Gerade an diesen ihren Arbeitgebern sollten sich die noch absetzenden Kollegen ein Beispiel nehmen; denn sie gehören ohne Ausnahme alle dem Arbeitgeberverband an und verstehen sehr gut, ihre Interessen zu wahren.

Der eigentliche Stamm der Ortsverwaltung ist nach wie vor noch Mannheim und Ludwigshafen, und da sind es wieder die Stadtgärtnereien. Aber auch diese Orte haben keine Ursache, auf den errungenen Lorbeeren auszuruhen, noch manches Stück schwerer Arbeit bleibt zu leisten. Die Handelsgärtnerei läßt noch viel zu wünschen übrig. Hier den Hebel anzusetzen, wird die Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Ein Schmerzenskind war bis in die letzte Zeit hinein die Zahlstelle Heidelberg. Wohl nirgends könnte der Anreiz zum Klassenkampf mehr vorhanden sein als hier. Wo strömt wohl eine solche Fülle von Reichtum zusammen wie in Heidelberg? Sehr im Gegensatz hierzu steht die Bezahlung unserer Kollegen. Hat sich die Mitgliederzahl auch in der letzten Zeit verdoppelt, so will dies doch nicht viel sagen gegenüber der Zahl der Beschäftigten. Leider bestehen auch noch verschiedene Zersplitterungsvereine, die man gemeinhin Lokalvereine nennt. Wenn auch keiner derselben eigentliche Lebensfähigkeit zeigt, so sind und bleiben sie aber ein Hindernis. Der Lokalverein sowohl wie der blaugelbe V. D. P. können die Lage nicht verbessern, und erst wenn alle ein Ganzes bilden, dann werden menschenwürdige Zustände in Heidelberg platzgreifen. Noch ein anderes Übel muß dort ausgerottet werden, es sind nicht weniger als 59 Lehrlinge beschäftigt. Sollen dies tüchtige Gärtner werden, oder sind es billige Arbeitskräfte? Den 30 Mitgliedern, die gegenwärtig vorhanden, bleibt noch manches Stück Arbeit zu leisten übrig.

Auch Speyer hat einen kleinen Fortschritt zu verzeichnen, doch kann dort noch manches Mitglied gewonnen werden. Dringend notwendig ist, daß auch dort einmal bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Löhne von 65 Mk. bei freier Wohnung sind noch an der Tagesordnung.

Ladenburg hatte im vorigen Jahre erst innere Schwierigkeiten zu überwinden. Der dortige Lokalverein ist nach langen vergeblichen Kämpfen endlich aufgelöst, und es war gut so. Denn es war möglich, daß nun dieses Jahr in aller Stille bereits ein Vorstoß unternommen werden konnte.

Die Leitung der Ortsverwaltung dehnte, gemeinsam mit dem Gauleiter, ihre Tätigkeit auch auf Worms und Neustadt a. d. Haardt aus, und das nicht vergeblich. In beiden Orten sind Zahlstellen vorhanden, die zu den besten Hoffnungen berechtigen. Die Kollegen haben allerdings stark unter dem Druck der Arbeitgeber zu leiden. Wir begreifen deren Widerstand. Sie haben alle Ursache, von den elenden Verhältnissen nicht allzuviel an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Das dort grassierende Elend werden wir nächstens der Öffentlichkeit vor Augen führen. Allerdings könnte Worms viel weiter sein, hätten die Kollegen der Stadtgärtnerei etwas mehr Mut. Letztere gehen die taurigen Verhältnisse offen zu, sie kennen nur zu genau die Günstlingswirt-

schaft; aber wo bleibt die Konsequenz hiervon? Kann hier nicht einzig und allein die Organisation Abhilfe schaffen? Mag auch ein Lederkönig Heyl eine wesentliche Macht in der Stadtverwaltung ausüben, das kann und darf aber kein Grund sein, sich nicht zu organisieren.

Blieb Neustadt lange Jahre unbearbeitet, so ist jetzt wenigstens ein Stamm geschaffen, der bei ehrlichem Willen noch mehr herauszuholen in der Lage ist.

Weiter entfaltete die Ortsverwaltung ihre Tätigkeit auch auf Kaiserlautern und Karlsruhe. Letztergenannter Ort war schon in früheren Zeiten gut organisiert, aber durch die nicht einwandfreie Agitation des Gem.-Arb.-Verbds wurden uns vor Jahren rund 25 Kollegen der Stadtgärtnerei abgetrieben, und so sind wir, weil auf diesen Stamm angewiesen, leider auf ein Minimum zurückgegangen. Besteht auch jetzt wieder Hoffnung auf Besserung, so wird es aber doch notwendig sein, erst einen verlässlichen und festeren Stamm von Kollegen zu schaffen; diesen werden wir vorerst nur in der Stadtgärtnerei suchen können. Recht rückständige Zustände herrschen in Kaiserslautern, wie in der ganzen Pfalz. Kost und Logis 12- bis 14 stündige Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Monatslöhne von 25 Mk. sind an der Tagesordnung. Alles in allem: Es besteht die Möglichkeit, die Mitgliederzahl in der Gesamtortsverwaltung noch mindestens zu verdoppeln.

Es sollte nicht Aufgabe sein, hier einen allgemeinen Geschäftsbericht zu geben. Einige Zahlen mögen aber die rege Tätigkeit der Kollegenschaft von Mannheim beweisen. Wenn innerhalb eines Zeitraumes von zwölf Monaten der Vorstand seine Geschäfte in 32 Sitzungen erledigte, so zeugt dies jedenfalls von Pflichtbewußtsein. Hierzu kommen noch die Vertrauensmännersitzungen und die Fahrten nach den einzelnen Zahlstellen. 21 Mal wurden letztere von den Vorstandsmitgliedern besucht, ohne daß dabei die Tätigkeit des Gauleiters mitgerechnet ist.

Alle die Arbeit und die Erfolge wären nicht möglich gewesen, hätten sich nicht alle beteiligten Kollegen von dem Bewußtsein tragen lassen: Nicht nur organisiert zu sein, sondern auch für die Organisation arbeiten ist die höchste Pflicht eines Gewerkschafters. Manche andere Ortsverwaltung könnte sich ein Beispiel daran nehmen. Der Markenerwerb im Jahre 1913: 1. Quartal 1157 Mark, 2. Quartal 1210 Mark, 3. Quartal 1642 Mark, 4. Quartal 1824 Mark. Im ersten Halbjahr 1914: 1. Quartal 1853 Mark, 2. Quartal 2293 Mark.

Die Mitgliederzahl steigerte sich von 113 auf 198. Auch der Kassenbestand erfuhr einen wesentlichen Fortschritt. 596 Mk. im Jahre 1913 und 948 Mk. am Schlusse des zweiten Quartals 1914.

Damit ist der Beweis erbracht, daß selbst Krisen nicht in der Lage sind, die Organisation zurückzuwerfen, wenn die Kollegenschaft auf dem Posten ist, die Scharten auszuwetzen. Sollte nicht die gesamte Arbeiterschaft bei derartigen Gelegenheiten erst recht die Pflicht tun und nicht den Kopf immer hängen lassen? Bedeutet nicht jeder Rückschritt, und sei er noch so klein, einen Verlust im Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse? Leider hat man sich schon bei allen Krisen mit Rückschritten in den Mitgliederzahlen abgefunden. Das ist jedenfalls nicht gut. Je mehr wir arbeiten, desto mehr beschleunigen wir den notwendigen Aufstieg unserer Klasse.

Der Vorstand der Ortsverwaltung Mannheim.

## Privatgärtnerei

### Standeshebung nach dem Rezept der Möllerin?

Die nationale Geburtenrückgangs-Wehklage unserer angeblich staatserhaltenden Kreise hatte es, wie unsern Lesern noch erinnerlich sein wird, auch der Schriftleitung von Möllers Deutscher Gärtnerzeitung angetan. Die Möllerin gab einigen Zuschriften Raum, die sich über die sehr weitverbreitete Kinderlosigkeitsbedingung der herrschaftlichen Privatgärtner wandten, und sie raffte sich unter dem Eindruck jener Stimmung zu einem hochbedeutungsvollen Entschluß auf. Sie gab nämlich der Öffentlichkeit kund und zu wissen, daß sie sich entschlossen habe, „in Zukunft grundsätzlich solchen Privatgärtnergesuchen die Aufnahme zu versagen, durch die kinderlose Ehepaare verlangt werden“. Es entgehe dadurch dem Inseratengeschäft zwar ein nicht unwichtiger Einnahmeposten, aber — das Opfer werde in Anbetracht des edlen Zweckes gebracht: um solcherart praktisch mitzuarbeiten an der Hebung des Standes der Privatgärtner.

Schon einmal, ein Jahr zuvor, hatte sich dieselbe Möllerin zu dem Entschluß aufgerafft, Stellenangebote, in denen Privatgärtner „entwürdigende Nebenarbeiten“ zugemutet werden, von der Aufnahme auszuschließen. — es sei denn, die Stellengeber entschlossen sich, die anstößigen Bedingungen im Inserat zu streichen oder abzuändern. — im Inserat selbstverständlich.

Die Abonnenten aus Privatgärtnerkreisen bezeugten ihre Dankbarkeit mit dem so geoffenbarten sozial-humanistischen Sinn und der finanzieller Opferwilligkeit der Möllerin durch eine festere Abonnementtreue und damit, daß sie auch anderen Standesgenossen von dieser sozialen Reformarbeit Mitteilung machten und diese Kollegen

der Möllerin nun auch als Abonnenten zuführten. Solche Wirkung war natürlich auf Seite der Sozialreformerin durchaus nicht gewollt, jedenfalls nicht voraus in Berechnung gestellt, denn der ganze Entschluß entsprang ja absoluter Selbstverleugnung und Selbstlosigkeit; jedoch, wenn gute Taten gute Früchte zeitigen, wer wollte sich darüber nicht freuen? Nur wir, die berufs- und gewerbsmäßigen Nörgler, die bei ihren Mitmenschen stets nach schlechten Triebfedern Umschau halten, fanden ein Haar in dieser praktischen Sozialreform und höhnten darüber (vergl.: A. D. G. Z. 1913 S. 83 und 1914 S. 125). Wir behaupteten auch, daß, wenn man den Vorgang mit Ernst betrachte, man dazu nur lächeln könne. Jeder, der über die Sache tiefer nachdenke, müsse sich klar sein, daß es sich bestenfalls um eine elende Quacksalberei handeln könne, bei der die Mißstände **nur äußerlich verdeckt werden**, sonst aber an bestehenden Zuständen gar nichts geändert werden würde. Ja noch mehr: Da die unter den (einer Krankheit vergleichbaren) Zuständen Leidenden die äußeren Erscheinungen dann nicht beobachten könnten, so würden die Leidenden nur sorgloser gemacht, und die Krankheit werde in den Körper noch tiefer hineingetrieben. Aber Menschen, die das Wesen sozialer Krankheiten nicht kennen, denken eben anders und lassen sich gern in Sorglosigkeit einfallen.

Im besonderen haben wir beispielsweise ausgeführt, daß, wenn die Schriftleitung einer Fachzeitung ihren Inserenten mitteilt, sie könne in Rücksicht auf ihren Leserkreis diese oder jene in dem Stellenangebot enthaltene Bedingung nicht mit veröffentlichen, dann die Inserenten diese bereitwillig entfernen würden — aus dem Inserat. Dieser Tage haben wir nun selbst einmal eine **Probe auf dieses Exempel gemacht**. Von der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse wurde uns ein Inserat folgenden Wortlauts zum Abdruck in unserem „Gärtner-Fachblatt“ überwiesen:

Für Villengrundstücke mit umfangreichen Nebengebäuden und Parkanlage, in der Nähe von Hannover ein zuverlässiger, älterer **Gärtner** ohne Kinder, per sofort gesucht. Neben gärtnerischem Verständnis Erfahrung in der Bedienung. Offerten unter J. B. 14617 bei Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wir sandten der Firma das Inserat sofort zurück mit dem Vermerk: „Wegen der Bedingung „ohne Kinder“ abgelehnt.“ Drei Tage darauf bekamen wir den Auftrag abermals zwecks Ausführung zugestellt. **Der Inserent erklärte, die beanstandeten Worte könnten wegbleiben.** Ob er auch die Bedingung selbst aufgibt, darüber schreibt er nichts: er wird sich gesagt haben, daß er unter den sich meldenden Bewerbern doch nur ein kinderloses Ehepaar auswählen werde. Aber diese Absicht ist ihm nicht nachzuweisen. Und so mußten wir das betreffende Inserat jetzt der Firma Josef Wichterich zum Abdruck im „Gärtner-Fachblatt“ zustellen, wo es in Nr. 14 auch erschienen ist.

An diesem einen Beispiel ist offensichtlich die Wirkung überhaupt ermeßbar, die die angeführte „praktische Standeshaltungsarbeit“ der Möllerin hervorruft, hervorzufufen muß: Die Stellenvergeber **verschweigen** in dem Inserat, was beanstandet wird und kommen damit den Bewerbern erst **hinterher**. Die Folge ist: Sie erhalten nun auch Bewerbungen, die für sie von vornherein nicht in Betracht kommen. Und zahlreiche Bewerber machen sich Mühe, Arbeit, Geldkosten und Hoffnungen um ausgeschriebene Stellen, was sie sich alles erspart haben würden, wenn im Inserat die **volle Wahrheit** gestanden hätte.

Auch wir sind ja durch mancherlei Rücksichten dazu verurteilt worden, Stellenangebote mit aus dem Inhalt ersichtlichen standesunwürdigen und sonst anfechtbaren Bedingungen vom Abdruck im „G.-F.“ auszuschließen. Wenn wir (die Schriftleitung) uns damit einverstanden erklärt haben, so ist das jedoch nur darum geschehen, weil wir wissen, daß dieser Abdruck unsern Verbände in der Mitgliederwerbung hinderlich ist. In sozialen Fragen noch unzulänglich unterrichtete Kollegen und böswillige, gehässige Gegner des A. D. G. V. pflegen nämlich den Abdruck von Stellenangeboten jener Art so aufzufassen oder ausulegen, als sei es der A. D. G. V. selbst, der seinen Mitgliedern die Annahme derartiger Stellen zumutet oder gar diese als gut und als besonders empfehlenswert ausbietet.

Im Grunde genommen erblicken wir in der Methode der Möllerin eine pharisäerhafte Heuchelei. Wir wünschten, daß auch in allen durch Inserate bekannt gegebenen Stellenausschreibungen alle Bedingungen in möglichst **vollständiger und ausführlicher** angeführt würden. Das wirklich vorhandene Berufsleben kann gar nicht oft genug dem Tageslicht ausgesetzt werden. Stellen die Stellenvergeber es selbst an den Pranger, um so besser: um so aufpeitschender und aufreizender müßte das auf die trägen Massen wirken, die nicht erkennen wollen, daß sie **sich selbst helfen** müssen durch das Mittel der gewerkschaftlichen Organisation. Denn eine andere wirksame Hilfe gibt es nun einmal nicht.

**Unverheiratet - Reinertrag - Gehaltsansprüche.**

Ein stellesuchender Kollege erhielt folgendes Angebot: „Suche zum 15. September selbständigen selbst arbeitenden Gärtner, bei guter freier Station, mit Bier, mittlerem Gehalt und 20 % Tantieme vom Reinertrage. Park, Ge-

müsebau, Beerenobstplantage, Erdbeerplantage, Spargelplantage, noch jungem Rhabarberfeld dies u Herbst erst anzulegen. Obstallee in der Entwicklung. Keine Plumenzucht, nur Perennierendes. Nettes Zimmer. Verheiratung wegen Raum-mangel nicht möglich. Ausnahmsweise, wenn mehr Gäste vorhanden, muß der Gärtner dem Diener beim Servieren helfen. Falls für ihn ein Ponny oder Maulesel angeschafft wird zur Arbeitserleichterung müßte er denselben auch selbst bedienen. Hauptwert wird auf Hebung des Obstbaus und der Produkte gelegt. (Auch Haselnußplantage und amerikanische Preisbeerenanlage.) Falls auf diese Stelle reflektiert, bitte ich um Abschrift der Zeugnisse, Militärpapiere und Photographie und Gehaltsansprüche.

8. 6. 1914. Hofmarschall Baron Groß. Haus Todtshorn, Post Walle (Kr. Harburg). Ob der Hofmarschall — Baron — Plantagenbesitzer — auf seinem ausgedehnten Anwesen wirklich keinen Platz hat, eine Wohnung für einen Verheirateten zu errichten?

**Frau und Kinder müssen mitarbeiten.**

Im „Westfälischen Anzeiger“ befindet sich folgendes Gesuch: Zum 1. Oktober oder früher findet ein verheirateter

**Gärtner** (kathol.) auf einem Gute im Kreise Paderborn Stelle; er muß in allen Zweigen der Gärtnerei, namentlich Gemüse und Obst durchaus erfahren, in der Arbeit selbständig, nichtlern und ehrlich sein, hat den Verkauf der Gartenfrüchte usw. zu besorgen, nimmt an dem Reingewinn teil. **Frau oder Kinder müssen mitarbeiten.** Vieh kann gehalten werden. Bevorzugt wird jemand, der Bienenzucht Geflügel- und Jagdzucht kennt. Meldende müssen beste Zeugnisse haben und wollen sich unter Angabe des Lohnes schriftlich wenden unter Nr. 250 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Dieser Unverschämte verschweigt seinen Namen. Steht er schon in so üblem Geruch, oder ist er sich seines schmutzigen Verlangens bewußt? Vielleicht beides.

Daß der Gärtner im Kreise Paderborn gut katholisch sein muß, ist eigentlich selbstverständlich, sonst könnten ja auch die Gartenfrüchte, das Vieh, die Bienen usw. abfärben oder nicht gedeihen. Daß aber die **Frau und sogar die Kinder** des Gärtners für diesen Frommen noch mitschaffen sollen, ist denn doch der Gipfel der Frecheit. Die Teilnahme am Reingewinn ist sehr gut, ein Angebot über die Höhe des Lohnes erfolgt aber wohlweislich nicht, trotzdem ein Unversalgenie verlangt wird.

Wie sagte doch der christliche Gewerkschaftsführer Giesberts auf dem Essener Gewerkschaftskongreß?: „Auch sehr fromme Leute werden den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter aus sich selbst heraus nicht mehr gerecht. Den Arbeitern wird das Fell über die Ohren gezogen, wenn sie sich nicht zusammenschließen.“ L.

**Bemeindegärtnerei**

**Hamburg.** Selbständige Dienststelle für das Gartenwesen der Stadt Hamburg. Die in Nr. 27 in ihren Hauptteilen bekannt gegebene Vorlage des Senats ist in der Bürgerschaftssitzung am 8. Juli mit einer unerheblichen Abänderung angenommen worden. Für die Beschaffung des Büromobiliars wurden 12 000 Mk. gefordert und sind zunächst 6000 Mk. bewilligt worden; wegen den übrigen 6000 Mk. soll später noch einmal verhandelt werden. Die bisherige Stelle des Stadtgärtners wird also eingehen. Dafür werden dem Stadtgardendirektor zwei Garteninspektoren zur Seite gestellt. Die sonstigen in Aussicht stehenden Änderungen wolle man in Nr. 27 nachlesen.

**Ludwigshafen a. Rh.** Als Ergänzung der in Nr. 27 (unter der Überschrift „Eine Titelfrage“) mitgeteilten Eingabe an den Stadtrat in Ludwigshafen seien nachfolgend noch die Lohsätze genannt, die für die einzelnen Klassen in Betracht kommen, die also mit der Eingabe erstrebt werden.

Lohnklasse 1: Anfangslohn 5,20 Mk., Endlohn 6,50 Mk. den Tag. — Lohnklasse 2: Anfang 4,90 Mk., Ende 6,20 Mk. — Lohnklasse 3: Anfang 4,60 Mk., Ende 5,50 Mk. — Lohnklasse 4: Anfang 4,30 Mk., Ende 5,60 Mk. — Lohnklasse 5: Anfang 4,10 Mk., Ende 5,40 Mk. — In allen Klassen jährlich für den Tag 15 Pfg. Zulage.

**Mannheim.** Staatsmühlen mahlen langsam. Zählt Mannheim auch zu denjenigen Städten, die ihre Angestellten, darunter auch die Gärtner, noch einigermaßen bezahlen, so sind doch immerhin noch eine ganze Reihe Verbesserungen zu erzielen. Doch eins nach dem andern. Als ein besonderer Mißstand war es von den Kollegen der Stadtgärtnerei empfunden worden, daß noch nicht einmal die **Sonntagsarbeit** mit den üblichen Zuschlägen entlohnt wurde. Alle Vorstöße in dieser Richtung waren zuerst wirkungslos. Es soll hier nicht mehr untersucht wer-

den, woran dieses gelegen hat. Die Kollegen ließen sich aber nicht abhalten, den Stein von neuem ins Rollen zu bringen. Bereits im Juni vorigen Jahres wurde wieder eine Eingabe mit eingehender Begründung an die Stadtverwaltung abgeschickt. Die Kollegen waren, als sie darauf wieder keine Nachricht erhielten, der Meinung, daß auch diese wieder in die Versenkung verschwunden sei. Nach der Äußerung eines Stadtrates sollte die Eingabe dorthin gekommen sein, wo sie hingehöre, nämlich in den Papierkorb. Aber glücklicherweise bekam nach einem Jahre der Arbeiter-Ausschuß die erfreuliche Nachricht, daß die in der Eingabe ausgesprochenen Wünsche berücksichtigt worden seien und zwar in vollem Umfange, danach wird nunmehr ab 1. Juli 1914 die Sonntagsarbeit mit 50% Zuschlag bezahlt.

Gerade Mannheim leistet sehr viel in Bezug auf öffentliche Anlagen, und es muß mit Freude anerkannt werden, die Anlagen sind sorgsam gepflegt. Dieses bedingt aber auch naturnotwendig Sonntagsarbeiten in höherem Maße. Und wenn die meisten Kollegen ihre Sonntage oder doch wenigstens Stunden derselben opfern müssen, so ist es doch nicht mehr wie billig, dafür auch eine angemessene Entschädigung zu verlangen. Es war letzten Endes auch die höchste Zeit, daß die Mannheimer Kollegen sich anschickten, diesem unwürdigen Zustande ein Ziel zu setzen. Denn auch die Gartenverwaltung in Ludwigshafen machte sich dieses nutzbar und wollte die schon seit Jahren bezahlten Zuschläge zum Sonntagsdienst wieder kürzen! Begründung: „In Mannheim wird auch nichts besonderes vergütet.“ Dieses Ansinnen ist aber von den Kollegen in Ludwigshafen einmütig und mit Erfolg zurückgewiesen worden. So hat die Eingabe von Mannheim nach zwei Richtungen hin ihr Gutes gehabt.

„Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein.“ Noch ist ein weiter Weg bis dahin. Aber schneller kommen wir zum Ziele, wenn auch der letzte Mann der Organisation angehört und die Kollegen einmütig hinter dieser stehen.

H. Halle, Frankfurt a. M.

## Rundschau

**30 000 Textilarbeiter ausgesperrt.** In der Niederlausitz wurden auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes der Niederlausitz am 18. Juli sämtliche in den dortigen Textilfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen — mit Ausnahme der Meister, Unternehmer, kaufmännischen und technischen Beamten, Dampfmaschinenführer, Kohlenführer, Hofarbeiter, Kutscher und Wächter — ausgesperrt und zwar ausgesperrt ohne Rücksicht auf Organisationsangehörigkeit, und selbst die Unorganisierten. Die Ursache der Aussperrung ist ein Streik von nur 300 Walkern, die eine Lohnerhöhung von 4 Mk. die Woche forderten. Die Unternehmer hatten jedes Entgegenkommen an die sehr schlecht entlohten Walker abgelehnt und deren bedingungslose Rückkehr zur Arbeit gefordert. Da die bedingungslose Unterwerfung auf Arbeiterseite abgelehnt wurde, erfolgte die Aussperrung der 30 000 mit 143 000 Familienangehörigen. Wie frivol dieser Gewaltakt zu bewerten ist, kann man schon daraus ersehen, daß die Fabrikanten mit großen Gewinnen arbeiten. Die Durchschnittsdividende der Textilaktiengesellschaften stieg seit 1912 in 1913 um 1 1/2 Prozent, nämlich von 6,5 auf 7,8 Prozent. Man muß annehmen, den Aussperrern sei es besonders darum zu tun, die Kassen der Gewerkschaften zu schwächen, um die Gewerkschaften „weniger angriffslustig“ und für das Unternehmertum im allgemeinen ungefährlicher zu machen. Das Kapital hat eben keine menschlichen Regungen, sondern nur solche für den Profit.

**Beendeter Kampf der Waffenarbeiter in Solingen.** 21 Wochen lang haben Solinger Industriearbeiter der Waffenbranche im Auslande verharret. Als ihre Widerstandskraft durchaus nicht erlahmte, schickten sich die Fabrikanten des Ortes zu einer allgemeinen Aussperrung an. Bevor diese perfekt wurde, bemühten sich Unparteiische um Einigungsamts-Verhandlungen, die zu einem Vergleich mit ehrenvollen Bedingungen für die Streikenden führten. Der Vergleich wurde von beiden Parteien angenommen und Streik und Sperre als beendet erklärt. Diejenigen Arbeitswilligen, die während des Streiks aus ihren Fachvereinen ausgetreten sind, haben sich innerhalb vier Wochen in diesen wieder aufnehmen zu lassen. Maßregelungen dürfen von keiner Seite stattfinden.

**Streik und Aussperrung in den Linke-Hofmann-Werken in Breslau beendet.** In diesen Werken war ein Streik ausgebrochen, dem eine Aussperrung folgte. Der Kampf währte 14 Wochen und wurde von der Arbeiterschaft mit Zähigkeit und Beharrlichkeit, und großen Entbehrungen, und bei vielen Schikanierungen von polizeilicher Seite, geführt. Es handelte sich darum, Akkordkürzungen abzuwehren, und Freiorganisierte, Christliche und Hirsch-Dumckerschke stand in Reih und Glied; nur die katholischen Fachvereiner lieferten Arbeitswillige, die nunmehr die Blamierten sind. Es wurde jetzt ein Vergleich geschlossen, nach welchem keine Herabsetzung der Löhne erfolgen darf. „Die Direktion wird weder eine Antastung des Koalitionsrechtes noch eine

Agitation in den Werkstätten, ganz gleich für welche Organisation, dulden. Eine Bevorzugung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden. Es soll versucht werden, jeden Arbeitnehmer wieder auf seinen von ihm verlassenen Platz zu bringen, soweit es die Betriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werk arbeitenden Leute zulassen. Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die ausgeschiedenen, die den betreffenden Platz besetzen könnten, berücksichtigt worden sind. Die Einstellung derjenigen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedensschlusses von den Linke-Hofmann-Werken einberufen sind, wird dadurch nicht berührt. Bei der Weidereinsetzung werden die älteren und verheirateten Arbeitnehmer möglichst zuerst berücksichtigt. Maßregelungen werden nicht stattfinden.“

## Bekanntmachungen

In jeder Mitgliederversammlung vorlesen!

### Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Hauptverwaltung: Berlin S 42, Luisenpark 1 — Fernruf: Moritzplatz, 3726 — Vorsitzender: Jos. Busch. — Postfachkonto: Nr. 10301, Albert Lehmann, Berlin.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders (Name, Ort, Straße und Hausnummer).

Diese Woche ist der 31. Wochenbeitrag fällig.

### Hauptverwaltung

Vorstands-Neuwahl in den örtlichen Verwaltungen!

Nach der Geschäftsordnung für die örtlichen Verwaltungen (siehe Seite 33 der Satzungen, Anhang Geschäftsordnung, Ziffer 3) ist alljährlich im Monat Juli oder August die Neuwahl des örtlichen Vorstandes vorzunehmen. Wir ersuchen, dieser Bestimmung nachzukommen.

Gauleiter für den Gau Stuttgart gesucht.

Zu Anfang September 1914 wird für den Gau Stuttgart (umfassend Württemberg, Elsaß und den südlichen Teil Badens) ein Gauleiter gesucht. Dieser wird zugleich Ortsbeamter für Stuttgart.

Die Bewerber müssen mindestens vier Jahre gewerkschaftlich organisiert, in der Bewegung hervorragend tätig gewesen und organisatorisch, agitatorisch und verwaltungstechnisch befähigt sein.

Wichtig ist, daß die Bewerber mit den süddeutschen, wenn möglich mit den württembergischen Verhältnissen durchaus vertraut sind.

Jeder Bewerber hat eine Arbeit zu liefern, deren Thema sofort von der Hauptverwaltung einzufordern ist.

Die Bewerbung ist mit Einsendung des Mitgliedsbuches und einem kurzen Lebenslauf bis spätestens 8. August 1914 mit der Aufschrift „Bewerbung“ an die Hauptverwaltung einzureichen.

Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Generalversammlung 1912.

Die Stellung wird durch die Kündigung seitens des jetzigen Gauleiters, Kollegen Aug. Albrecht, frei.

Der Hauptvorstand,

I. A.: Josef Busch.

Quittung der Hauptkasse für die Zeit vom 14.—20. Juli:

Teilzahlung für das II. Vierteljahr: Stuttgart 50, Dresden 500.

Restbetrag für die Abrechnung des II. Quartals: Weimar, Ulm, Siegen, Köln, M.-Gladbach, Düsseldorf, Bielefeld, Flensburg, Duisburg, Aachen, Stuttgart, Dortmund, Velbert, Reichenbach, Reichenhall, Erfurt, Reutlingen, Solingen, Heilbronn, Wiesbaden, Hannover, Jena, Frankfurt a. M., Darmstadt, Kiel, Plauen.

### Gaue und Ortsverwaltungen

**Braunschweig.** Kassierer ist Kollege O. Kunst, Korfe-Straße 34, Hof p. l. Sprechzeit 12—1, 7 1/2—8 1/2. Sonntags 11—12.

— Vom 25. Juli bis 1. August werden sämtliche Mitgliedsbücher und -Karten eingezogen. Es wird ersucht, durch Bereithalten der Bücher den Kassierern die Arbeit zu erleichtern.

**Essen.** Die Koll. A. Woy, früher Hamburg, Schlenker, früher Plettenberg i. W., Johann Freyer, früher Essen und Paul Sacher, früher Weiter (Ruhr) werden gebeten, ihre Adresse anzugeben. Wer den Aufenthalt derselben weiß, wird ebenfalls ersucht, denselben an Albin Panzer, Essen (Ruhr), Steinstr. 29, mitzuteilen.

**Leipzig.** Die Generalversammlung findet am 8. August im Volkshaus statt. Anträge müssen spätestens bis zum 6. August auf dem Büro eingereicht sein, wenn sie zur Beratung kommen sollen. Die Bezirksversammlung am Donnerstag, 6. August, in Linden fällt aus.

**Rostock.** Unterstützungen werden ausbezahlt beim Kassierer Kollegen Sab, Rostock, Molkenstr. 18. Sprechzeit 12—1 und 7—8 Uhr.

**Stuttgart.** Samstag, 1. August im Gewerkschaftshaus, Saal 7, außerordentliche Versammlung. Ref.: Kollege Kummer-Hamburg. Außerste Propaganda für die Versammlung und von jedem Kollegen erwartet.